



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Geyer, Albin: Die Krisis in Ungarn : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Türkei darauf beschränkt, nur unter dem Schutze Rußlands zu existieren, nur Rußlands Wünschen hinfort ihr Ohr zu leihen, war nach des Kaisers Ansicht unsern politischen und Handelsinteressen angemessener als irgend eine neue Kombination, die uns gezwungen hätte, entweder unsre Herrschaft durch Eroberungen auszudehnen, oder an die Stelle des Osmanischen Reiches Staaten treten zu lassen, die bald genug mit uns an Macht, Bildung, Kunstfleiß und Reichthum gewetteifert haben würden. Da wir den Umsturz der türkischen Regierung nicht gewollt haben, so suchen wir die Mittel, sie in ihrem jetzigen Stande aufrecht zu erhalten. Die wichtige Sache der Durchfahrt des Bosporus ist in einer Weise zu Ende gebracht worden, die die andern Mächte und sogar England in Erstaunen setzen wird; denn die englische Flagge wird bei weitem nicht mit derselben Rücksicht in der Straße von Konstantinopel behandelt wie die unsrige. Was Serbien anlangt, hat die Pforte mit Gefügigkeit und Eifer allen Forderungen gehorcht. Die Moldau und die Walachei sind zurückgegeben; ihre Eroberung wäre uns umsoweniger nützlich gewesen, als wir nun, ohne Truppen dort zu unterhalten, nach Wunsch und Willen in Kriegs- und Friedenszeit über diese Provinzen verfügen. Die Entschädigung wird Sache der ausgleichenden Unterhandlung sein, die das Osmanische Reich mit einer unerträglichen Bürde nicht beschweren, in unsern Händen aber die Schlüssel der Lage lassen wird, von wo aus wir das Reich im Schach halten, sie wird ferner das Vorhandensein einer Schuld zur Anerkennung bringen, die der Pforte lange Jahre ihre wahre Lage Rußland gegenüber und die Gewißheit ihres Verderbens, falls sie ein zweites mal zu trozen versuchte, im Bewußtsein halten wird.“

(Fortsetzung folgt)



Die Krisis in Ungarn

Von Albin Geyer

(Schluß)



err von Szell begann die zunehmende Schwächung seiner Stellung zu fühlen und hielt es für nötig, sich etwas populär zu machen. Das trifft man überall am leichtesten, wenn man die nationalchauvinistische Saite erklingen läßt und etwas von dem „Männerstolz vor Königsthronen“ zur Schau trägt, der in vormärzlicher Zeit etliche Jahre Zuchthaus einbrachte, aber heutzutage sehr ungefährlich geworden ist, bei dem großen Haufen jedoch noch in hohem Ansehen steht. Als Anlaß benutzte Herr von Szell einen Zwischenfall, der mit der Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand, des Thronfolgers, nach Petersburg in Verbindung stand. Für diese waren vom Hofe zwei Ehrenkavaliere für den Erzherzog ausgewählt, von diesem acceptiert und vom Kaiser genehmigt worden, und zwar zur Wahrung der dualistischen Parität, ein österreichischer und ein ungarischer. Beide waren im Namen des Thronfolgers eingeladen

worden. Wenig Tage vor der Abreise erhob plötzlich Ministerpräsident von Szell, wahrscheinlich weil einer der liberalen Grafen gern mit wollte, Einspruch gegen den ungarischen Ehrenkavalier, der allerdings ein Graf Johann Zichy und der Sohn des Vorsitzenden der ungarischen katholischen Volkspartei, des Grafen Ferdinand Zichy, war. Szell behauptete, das Mitglied einer oppositionellen Partei sei kein geeigneter Vertreter für Ungarn. Um des lieben Friedens willen sprach einige Tage darauf Kaiser Franz Joseph dem Thronfolger gegenüber den Wunsch aus, er möge von der Begleitung des Grafen Zichy absehen. Selbstverständlich entsprach Erzherzog Franz Ferdinand diesem Wunsch, verzichtete aber auch auf die Begleitung jedes andern ungarischen Ehrenkavaliers, um den Grafen Zichy nicht zu beleidigen, und ersuchte zugleich Herrn von Szell schriftlich um Aufklärung über die ihn kompromittierende Angelegenheit. Das Magnatenkostüm blieb unter diesen Umständen in Petersburg unvertreten, ohne daß den großen Ehren und der offenbaren Herzlichkeit, mit der der Thronfolger am Zarenhofe empfangen wurde, dadurch Abbruch geschah.

Die Sache hätte nicht viel auf sich gehabt, wenn sie unter den beteiligten Kreisen geblieben wäre, aber sie kam in die ungarischen Zeitungen, und zwar unverkennbar auf Veranlassung der Regierung selbst. Nun bemächtigten sich die ungarischen Heißsporne der Angelegenheit; die Kossuthianer griffen den Thronfolger und die Regierung in der heftigsten Weise an und brachten den Fall schließlich vor das Abgeordnetenhaus. Hier erwuchs nun Herrn von Szell die Schwierigkeit, sich und den Thronfolger gegen die übermäßigen Angriffe der äußersten Linken zu verteidigen, während die gesamte Parteipresse der Regierung, das eigentliche Regierungsorgan ausgenommen, fortfuhr, den Thronfolger anzugreifen und Herrn von Szell herauszustreichen. Der Lärm im Abgeordnetenhause zog sich mehrere Tage hin, die unehrerbietigsten Angriffe der Kossuthianer, namentlich des Abgeordneten Komjathy, wurden vom Präsidenten, dem Grafen Apponyi, kaum gerügt und vom Ministerpräsidenten nicht entschieden genug zurückgewiesen. Herr von Szell stellte den Sachverhalt so dar, als wenn die Reise des Thronfolgers eigentlich eine private Angelegenheit gewesen sei, bei der die Beteiligung von Ehrenkavalieren nicht nötig war. Für die Beseitigung eines ungeeigneten ungarischen Kavaliere habe er Sorge getragen. Im übrigen stellte er den Grundsatz auf, daß bei wirklich offiziellen Gelegenheiten den parlamentarischen und den konstitutionellen Prinzipien Rechnung getragen werden müsse, d. h. also, daß die Mitglieder des Herrscherhauses sich in solchen Fällen der herrschenden Parlamentsmehrheit zu fügen hätten.

Wenn Herr von Szell gemeint haben sollte, er könne in dieser Sache einen populären Sieg davontragen, so dürfte ihn schon der ganze Verlauf, den sie nahm, eines andern belehrt haben. Die Kossuthianer hatten ihn bitter verhöhnt, seine Partei hatte ihn zwar gedeckt, doch war in Ungarn die Meinung über seine diplomatische Befähigung dadurch nicht höher gestiegen, und man hielt allgemein dafür, es wäre klüger gewesen, in Petersburg lieber durch den Grafen Zichy als gar nicht vertreten gewesen zu sein. Am meisten

hatte sich aber Szell in seiner Vertrauensstellung zur Krone geschadet. Kaiser Franz Joseph gibt, wie auch dieser Fall gezeigt hat, in Einzelheiten gern nach, aber er ist in Hoheitsfragen empfindlich, und die Theorien, mit denen der ungarische Ministerpräsident dem Standpunkt der äußersten Linken so nahe gekommen war, verträgt er nicht. Herr von Szell sollte das bald bitter empfinden, namentlich bei den Ausgleichs- und den Zolltarifverhandlungen. Dr. von Körber war ihm sachlich und diplomatisch ohnehin überlegen, und in allen kritischen Fällen fand er, ganz im Gegensatz zu seinen Vorgängern, daß die Krone den österreichischen Auffassungen mehr zuneigte als den ungarischen. In Ungarn merkte man das, und trotz aller großen Worte in den Zeitungen begann der Nimbus Szells zu schwinden. Die Verhandlungen rückten nicht vorwärts, die zeitweilig auftauchenden Gerüchte, daß Herr von Szell seine Demission geben werde, schreckten in Österreich nicht und machten nicht einmal in Ungarn mehr den gewünschten Eindruck. Als der ungarische Ministerpräsident in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses nach Pfingsten, am 15. Mai 1902, erklärte, der neue Ausgleich dürfe nicht schlechter sein als der gegenwärtige, übrigens sei das selbständige ungarische Zollgebiet so weit vorbereitet, daß jederzeit binnen drei Wochen die vollständige Vostrennung von Österreich durchgeführt werden könne, so rief das wohl im Wiener Abgeordnetenhaus ziemliche Aufregung hervor, doch hielt man auch da die Erklärung nur für ein taktisches Manöver, und zwar auch noch, als Graf Apponyi in einer großen Rede in Saszberenyi kurz darauf in der Ausgleichs- und Zolltariffrage unbedingt für Szell Stellung nahm. Als aber dann Dr. von Körber am 30. Mai im Herrenhause eine geharnischte Rede über das Verhältnis zu Ungarn hielt, die in den Worten gipfelte: „Wir wollen Gemeinschaft und Freundschaft aufrecht erhalten, wollen jedoch nicht die Hand zu einer Gemeinschaft bieten, die uns nicht zur Ruhe kommen läßt und wirklich fast keine Gemeinschaft ist,“ und trotz dieser bisher Ungarn gegenüber ganz ungewöhnlichen Äußerung im Amte blieb, da verstand man auch jenseits der Leitha, daß die schönen Tage des Herrn von Szell vorüber seien. Man hatte nur noch nötig, sich seiner mit guter Manier zu entledigen. Das hatte aber wegen der geeigneten Nachfolgerschaft zunächst noch seine Schwierigkeiten. Inzwischen begannen sich die Verhältnisse auch nach einer andern Richtung hin zuzuspitzen.

Seitdem den Ungarn durch den Ausgleich von 1867 mehr als die halbe Selbständigkeit unerwartet zugefallen ist, geht ihr Sinnen und Trachten auf eine selbständige ungarische Armee, die nur dem König von Ungarn den Eid der Treue geleistet hat. Dieses Bestreben trat sofort nach dem Abschluß des dualistischen Ausgleichs hervor, da man aber die gute Stimmung der Ungarn bis nach dem deutsch-französischen Kriege für die damaligen politischen Pläne zur Wiedergewinnung der Stellung in Deutschland nicht verderben wollte, zog man die Entscheidung hin. In den Delegationen von 1868 wurde die Sache angeregt, aber nicht zum Austrag gebracht. Der General Grivicic, der dort die Einheitlichkeit der Armee energisch vertrat und sich dadurch die erbitterte Gegnerschaft der Magyaren zugezogen hatte, wurde abberufen und durch einen Ungarn, den General Ghyyczy, einen Bruder des Führers der staatsrechtlich

Oppositionellen, ersetzt. Im Oktober 1870 beantragte Tisza im Abgeordneten= hause zu Budapest, die Regierung solle ein Gesetz vorbereiten, das „zur Sicherung Ungarns und des ungarischen Throns eine nationale und im Lande garnisonierende, allen Anforderungen eines wohlaußgerüsteten Heeres entsprechende Armee gründet, über die der König ausschließlich durch das verantwortliche Ministerium in Budapest verfügt, und die unter der Kontrolle des ungarischen Reichstags steht.“ Dieser auf Errichtung einer selbständigen ungarischen Armee hinielende Antrag wurde von der ungarischen Regierung nur matt bekämpft, schließlich aber abgelehnt.

Inzwischen war es nämlich dem Grafen Andrassy gelungen, die Organisation der ungarischen Landwehr, der vielgenannten Honved, auf rein ungarischer Basis, mit magyarischer Kommandosprache und nur auf den König von Ungarn vereidigt, durchzusetzen. Man war damals in Armeekreisen nicht ganz klar über die Landwehreinrichtung, bei der man wohl auch gern die preussische Organisation übertroffen hätte. Namentlich um rasch eine größere Aufstellung von Cadres zu ermöglichen, ging man auf die französische Einrichtung ein, nach der für die Landwehr die Rekruten direkt ausgehoben werden. Aber auch hierbei ist die Rücksicht auf den Wunsch der Ungarn, möglichst rasch zu einer starken Honvedtruppe zu gelangen, von großem Einfluß gewesen. Die Honvedarmee wurde nun schleunigst in Szene gesetzt, und die Ungarn hatten vorläufig, was sie wollten, ein eignes Heer. Freilich war durch die staatsrechtliche Sonderstellung der beiden Landwehren, die im Kriegs= falle doch organische Bestandteile der gesamten Kriegsmacht des Reichs sein sollen, der Grundsatz der Gemeinsamkeit durchbrochen. Aber die Magyaren waren und sind stolz auf ihre Honveds, für deren Vermehrung sie keine Opfer scheuen. Tatsächlich unterhält Ungarn einen im Verhältnis zur Bevölkerung doppelt so großen Dienststand von Landwehrtruppen wie Osterreich. Das Land sieht in seiner Honvedarmee ohne Unterschied der Parteien ein nur dem ungarischen Königreich ergebnes Heer — für alle Fälle. Für die gemeinsame Armee haben die Magyaren wenig Interesse und feinden sie mehr und mehr an. So haben sie ein Jahrzehnt lang die unbedingt notwendige Erhöhung der Offiziergehälter hintangehalten; der Abgeordnete Pulszky erklärte ganz offen: „Ungarn hat für die Regulierung der Offiziergagen kein Geld.“ Natürlich legen die Ungarn bei der zunehmenden Gegnerschaft gegen das gemeinsame Heer keinen Wert auf die Berufsfreudigkeit des Offizierkorps. Dagegen wußten sie zu jeder Zeit alle Anlässe zu benutzen, auch auf die Armee Einfluß zu gewinnen. Als die Mehrheit der österreichischen Delegation im Jahre 1871 den Mehrforderungen der Kriegsverwaltung gegenüber die üblichen Schwierigkeiten machte, bewilligten die Ungarn alles, aber unter der Bedingung, daß die ungarischen Regimenter nach der Heimat verlegt würden. Die Folge davon war die an und für sich nützliche, den deutschen Armeekorps nachgebildete Errichtung der sogenannten Territorialdivisionen, und die Ungarn hatten erreicht, daß die ungarischen Infanterieregimenter von nun an im Lande lagen und von den Einwirkungen der Reichsidee ferner gehalten wurden.

In den leitenden Kreisen der Heeresverwaltung hat man die damals be-

gangnen Fehler längst eingesehen, eine gründliche Abhilfe aber unterlassen, weil sie an den Ansprüchen und andernfalls am Widerstande der Ungarn gescheitert wäre. So ist die Reichsarmee hinter der Entwicklung der Heereskräfte anderer Mächte weit zurückgeblieben, so vorzüglich sie auch in der innern Ausbildung ist. Man hat mit allerlei „Flickwerk,“ wie es der Reichskriegsminister von Bauer schon vor zehn Jahren bezeichnete, auszuheilen gesucht, natürlich aber keine gründliche Abänderung erzielt. Jetzt ist die Landwehr in beiden Reichshälften an Organisation und Ausbildung den Linientruppen so ähnlich, daß man mit geringen Kosten ihre Regimenter in neue Linientruppen umwandeln könnte. Dadurch würde bei der Annahme einer der deutschen Einrichtung nachgebildeten Landwehr aus den schon auf ungeheure Zahlen angewachsenen Stämmen von ausgebildeten Leuten durch Neubildung von Landwehrregimentern für den Ernstfall ein enormer, leicht zu formierender Kräftezuwachs zufließen, der jetzt nur mit ziemlichen Schwierigkeiten zu erreichen sein wird. Es ist alles vorbereitet, man könnte morgen schon mit der Umwandlung beginnen, aber für die dazu notwendige gesetzliche Änderung sind die Ungarn in keinem Falle zu haben. Sie würden darauf bestehen, daß die zur Linie übertretenden Honvedregimenter die magyarische Sprache als Kommandosprache behalten müßten, worauf die oberste Kriegsleitung nicht einzugehen vermag, weil damit die Zweisprachigkeit auch in die Armee eingeführt würde. Die Aufhebung der gemeinsamen Dienstsprache und die Einführung der magyarischen Sprache für ungarische Regimenter würde schließlich die Trennung der Waffenmacht des Reichs in zwei Teile nach sich ziehen. Ist die Dienstsprache nicht mehr gemeinsam, so tritt notwendig eine Entfremdung zwischen den getrennten Teilen ein, die Versekung der Offiziere müßte danach beschränkt werden, und das Gefühl der Gemeinsamkeit würde endlich verschwinden. Es geht auch aus militärtechnischen Gründen nicht, und die Erfahrungen, die man bei Manövern an der mährisch-ungarischen Grenze gemacht hat, zu denen Honvedtruppen zugezogen waren, haben ergeben, daß sich untere Chargen nicht zu verständigen vermochten, weil die Ungarn nicht deutsch sprechen konnten oder — wollten. Man hat daran gerade genug und wird in keinem Falle auf eine weitere Ausdehnung der Zweisprachigkeit in der österreichisch-ungarischen Heeresmacht eingehen, und zwar umsoweniger, als dadurch auch die Ansprüche anderer Nationen geweckt würden, und dann der Nationalitätenkampf nicht mehr von der Armee ferngehalten werden könnte.

Die Honvedarmee ist der größte Stolz der Magyaren; sie hat die ungarische Kommandosprache, sie ist nur auf den König von Ungarn vereidigt, sie führt ungarische Abzeichen und ist stark an Infanterie und Kavallerie; zu einer vollkommenen Armee fehlt ihr nur noch eins: die Artillerie. Man hat auch mehrfach angeklopft wegen Bewilligung von Kanonen für die Honveds, die Kosten würde Ungarn gern tragen, aber man ist auf kurze Ablehnung gestoßen. Nun würde es bei dem heutigen Ausbildungsstand der beiden Landwehren ganz wohl angehen, ihnen Artillerie beizugeben, aber natürlich würden die Ungarn für ihre Honvedbatterien auf der ungarischen Kommandosprache bestehen, und darauf kann nicht eingegangen werden. Der auf zwingenden

Gründen fußende Entschluß, der leider einmal vorhandnen Zweisprachigkeit im Heereswesen der Monarchie nach keiner Richtung hin eine weitere Ausdehnung zu geben, ist die einzige Ursache, warum die Krone und die oberste Heeresleitung, obgleich man der magyarischen Begehrlichkeit in so vielen Kleinigkeiten nachgegeben hat, den Honveds niemals auch nur eine Batterie bewilligen werden, nicht aber etwa die Besorgnis, wie von manchen Seiten angedeutet worden ist, daß die Ungarn, sobald sie es zu einer mit allen Waffengattungen ausgestatteten Armee gebracht haben würden, an eine Wiederaufnahme der Losreißungsbewegung von 1848 gehn könnten. Daran ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. In den Kreisen der magyarischen Magnaten, die die Fäden der nationalen Bestrebungen in den Händen haben, ist man keineswegs im Zweifel darüber, daß sie mit den militärischen Selbstständigkeitsbestrebungen das heikelste Gebiet betreten. Sie wissen ganz genau, daß in Heeresfragen auch die unendliche Langmut des Monarchen ein Ende hat, daß die Deutschösterreicher darum ihre führende Stellung eingebüßt haben, weil sie vor fünf- und zwanzig Jahren begannen, die Verringerung der Armee als Zielpunkt aufzustellen, daß die viele Jahre lang so begünstigten Tschechen dauernd in den Hintergrund gedrängt worden sind und sich jetzt in ohnmächtiger Obstruktion verzehren, weil sie mit der Meldungsfrage den Sprachenstreit in die Armee tragen wollten. Auf unfruchtbare Demonstrationen lassen sich die Magyaren nicht ein, die vereinzelt Fälle, in denen sich ungarische Reservisten nach dem Beispiele der Tschechen in ungarischer Sprache meldeten, wurden sofort eingestellt, dagegen wird die weitsichtig angelegte Taktik, zunächst geringe Zugeständnisse zu erreichen, um durch solche Präzedenzfälle eine leichte Bresche in die bisher unübersteigliche Mauer der Heeresinheit zu stoßen, unverbrüchlich festgehalten. Sie wissen, daß mit ihnen die gesamte Nation in letzter Reihe die Schaffung einer magyarisch kommandierten, selbständigen Armee anstrebt, und daß nur über die Mittel zur Erreichung dieses Ziels Meinungsverschiedenheiten bestehn. Die Mißstimmung darüber, daß die in Ungarn heimischen Truppenteile nicht die ungarischen Fahnen führen, daß ihre Dienstsprache nicht magyarisch ist, daß der nationale Teil des Heeres, die Honveds, keine Artillerie haben, erhalten und fördern sie, mit geschickt verteilten Rollen streben alle dem gemeinsamen Ziele zu. Es war vorauszu sehen, daß in unsern Tagen, in denen die lange verschobnen Fragen der Änderung des Wehrgesetzes und der Neubewaffnung der Artillerie dringlich geworden sind, eine große Aktion eingeleitet werden würde, kleine Zugeständnisse zu erlangen, die später leicht erweitert werden können. Das mußte vorausgeschickt werden, wenn man das eigentliche Wesen der letzten ungarischen Ministerkrise verstehn will. Die Obstruktion gegen die an und für sich unbedeutende Vorlage über die Erhöhung der Präsenzstandzahl hatte nur eine taktische Bedeutung.

Es ist schon erwähnt worden, wie Herrn von Szells Stellung nach und nach ins Wanken geriet. Er erhielt noch Anfang April des vorigen Jahres für seine gesetzgeberischen Verdienste die immerhin hohe Auszeichnung des Stephansordens, wie es aber eigentlich in Ungarn stand, trat wenig Tage darauf in recht bezeichnender Weise zutage. Der bisherige Führer der National-

partei, Horanszky, war zum Handelsminister ernannt worden, und sofort verlautete, der Honvedminister, Feldzeugmeister Baron Fejervary, der seit Jahren im Amte war, wolle seinen Rücktritt nehmen, weil er nicht mit Horanszky in einem Kabinett sitzen wolle. Es bedurfte der größten Anstrengungen und Vermittlungsversuche Szells, sowie endlich eines äußerst gnädigen Handschreibens des Monarchen, Fejervary im Amte zu erhalten und keine verfrühte Krise heraufzubeschwören. Baron Fejervary ist ein treuer Monarchist und unbedingter Vertreter des Ausgleichs von 1867. Daß sein Vorgehn nicht der Persönlichkeit, sondern allein den politischen Ansichten Horanszky's galt, bewies er, als wenig Wochen darauf Horanszky auf dem Totenbette lag. Ein neuer Lichtstrahl blizte auf, als Graf Apponyi die schon erwähnte Rede am 20. Mai in Saszberenyi hielt, in der er sich so entschieden für Szell und gegen Österreich in der Ausgleichs- und Zolltarifangelegenheit aussprach. Die Rede enthielt aber auch den merkwürdigen Satz, daß man von Herrn von Szell nichts für den Ausgleich zu fürchten brauche, da er ihn als einen Mann kenne, der sein einmal gegebenes Wort unter allen Umständen halte. Die an dem Grafen Apponyi sonst nie beobachtete Art eines solchen Hervortretens und die ostentative Betonung vor etwa vierzig anwesenden Abgeordneten, unter denen auch Kossuthianer waren, daß Herr von Szell ein Mann von Wort sei, machten es ziemlich zweifellos, daß Graf Apponyi den Ministerpräsidenten vor aller Welt an Zusagen erinnern wollte, die er seinerzeit gegeben hatte. Man hat nie gehört, daß Graf Apponyi und seine Parteigenossen bei ihrem Eintreten in die Regierungspartei auf ihr besonderes staatsrechtliches Programm verzichtet hätten, ja man weiß nicht einmal, auf welcher Grundlage die Verschmelzung zustande gekommen ist. Es war aber zu verschiedenen malen von staatsrechtlichen Zusagen die Rede, die Szell gegeben haben sollte. Unter diesen Umständen wurde der eigentümliche Vorfall von Saszberenyi in maßgebenden Kreisen sehr bemerkt.

Man konnte nun bald erkennen, wohin die ganze Geschichte gehn sollte. Natürlich stand die Kossuthpartei im Vordertreffen und begann ihre Agitation gegen die gemeinsame Armee mit Kundgebungen gegen die Kaiserhymne. Neben der allgemeinen Abneigung gegen alles Österreichische wird in Ungarn gegen diese eingewandt, sie sei 1849 bei der Erschießung der ungarischen Rebellen gespielt worden, was ja an und für sich schon sehr unwahrscheinlich ist; auch sängen die „Schwaben“ danach ihr Lied „Deutschland, Deutschland über alles.“ Man will eben eine besondre ungarische Hymne durchsetzen, wie man ja auch regelmäßig gegen die schwarzgelben Fahnen der kommandierenden Generale demonstriert. Am tollsten gebärdete man sich bei der Feier des hundertjährigen Geburtstages Ludwig Kossuths am 19. September, an der übrigens die Regierung nicht teilnahm; bei der Matthias Corvin-Feier in Klausenburg, wo Erzherzog Joseph anwesend war, wurde die Volkshymne durch das Kossuthlied und die ungarische Hymne übertönt. Der Kossuthianer Nefsi lobte am andern Tage im Abgeordnetenhanse die Klausenburger Jugend dafür, und Ministerpräsident von Szell fügte beschwichtigend hinzu, in dem Spielen der Kaiserhymne beim Empfang eines Erzherzogs läge keine gegen Ungarn ge-

richtete Spitze. Da Nefsi Reserveoffizier war, so wurde gegen ihn vom Kommandanten seines Honveddistrikts eine ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet. Die Sache kam Anfang November ins Abgeordnetenhaus und führte zu fünftägigen unerhörten Auftritten; was dabei von der äußersten Linken gegen die Volkshymne und gegen die Monarchie geäußert wurde, kann gar nicht wiedergegeben werden. Der Präsident Graf Apponyi duldete das meiste, Feldzeugmeister Fejervary versuchte zu beschwichtigen, wurde aber vielfach durch Lärm unterbrochen und geriet schließlich selbst mit dem Grafen Apponyi und Herrn von Szell in Zwiespalt, weil er erklärt hatte, er habe aus besonderm Entgegenkommen zugestimmt, daß das ehrengerichtliche Verfahren gegen Nefsi so lange eingestellt werde, bis ein Beschluß des Hauses darüber vorliege. Nun warf die Opposition die parlamentarische Frage auf und behauptete, der Minister habe sich den Beschlüssen des Hauses zu fügen. Fejervary nahm nichts zurück, obgleich Apponyi und Szell in ihn drangen, und als am andern Tage Herr von Szell im Namen des Ministeriums eine Erklärung abgab, die sich den Ansichten des Hauses anschmiegte, begab sich Baron Fejervary nach Wien, um dem Monarchen Meldung zu machen. Auch diese Ministerkrise kam nicht zum Ausbruch, denn wenig Tage danach war Ministerpräsident von Szell „in andern Angelegenheiten“ in Wien und hatte Audienz beim Kaiser. Am 2. Dezember wurde dann die Sache geordnet, indem sie nicht wieder vor das Haus gebracht wurde, sondern beide Minister im Finanzausschusse gleichlautende Erklärungen abgaben, die sich von der Auffassung des Honvedministers nur im Wortlaut unterschieden. Man wagte nicht, den Monarchen zu reizen, doch die Taktik, den Träger der Krone mürrisch zu machen und vor dringliche Entscheidungen zu stellen, bei denen sich etwas herauszuschlagen läßt, wurde fortgesetzt.

Als nächstes Operationsobjekt wurde die Rekrutenvorlage ausersehen, der man schon deshalb abgeneigt war, weil sie die Mannschaften für die Umgestaltung der Artillerie forderte, ohne daß an die ersohnte Honvedartillerie auch nur gedacht wurde. Natürlich ging man nicht gleich direkt dagegen vor, sondern zunächst wurde die Zeit mit allerhand nationalen Spektakeln vertrödelt, weil man Stimmung machen wollte, bis sich herausstellte, daß die Rekrutenvorlage, die schon zweimal geändert worden war, überall auf Opposition stieß, namentlich auch in Oesterreich, da sie ungeschickt abgefaßt war, weshalb auch schließlich der Reichskriegsminister in den wohlverdienten Ruhestand trat. Trotzdem ging man auch nun noch nicht direkt gegen die Rekrutenvorlage vor, sondern obstruierte einstweilen das Budgetprovisorium, das erst zustande kam, nachdem Herr von Szell am 11. Dezember mit der Opposition ein Abkommen getroffen hatte, wonach die Obstruktion aufhören sollte, wenn vor Neujahr weder die Wehrevorlage noch die Erhöhung der Zivilliste auf die Tagesordnung gesetzt werde. Aus diesem Übereinkommen ging zweierlei hervor: zunächst, daß die Opposition die Rekrutenvorlage meinte, wenn sie das Budgetprovisorium obstruierte, und ferner ließ sich schon damals erkennen, daß die Reichsregierung die Durchführung der Neubildung und Neubewaffnung der Artillerie nicht als unbedingt dringend ansah. Nach der Bewilligung des

Budgetprovisoriums ging das Abgeordnetenhaus in die Weihnachtsferien, aber im neuen Jahre arbeitete sie mit der offenen Obstruktion gegen die Wehrvorlage. Selbstverständlich mußte zuerst der Versuch gemacht werden, die Obstruktion zu brechen. Ob sich Herr von Szell dazu erboten hat oder dazu genötigt worden ist, kann gleichgültig bleiben, jedenfalls zeigte sich an dem ganzen Verhalten des Abgeordnetenhauses, wie namentlich an der Duldsamkeit des Präsidenten Grafen Apponyi, daß die Obstruktion eigentlich im stillen von allen Seiten unterstützt wurde. Das hatte zur Folge, daß Graf Apponyi beim letzten Hofball in der Ofener Burg vom Monarchen gar nicht bemerkt wurde. Auch diese Affäre wurde noch einmal beigelegt, indem Apponyi einige Tage danach vom Kaiser in längerer Audienz empfangen wurde. Was dabei Gegenstand der Unterhaltung war, ist nicht bekannt geworden. Die Obstruktion ging weiter, das Budgetprovisorium ging zu Ende, und es trat der sogenannte gefesselte Zustand ein, Szell hielt noch tapfer aus oder mußte aushalten, bis er schließlich Mitte Juni seine Demission einreichte. Der Versuch des Grafen Stephan Tisza, der der frühern liberalen Partei angehört, ein Ministerium zu bilden, erwies sich binnen zwei Tagen als unausführbar, darauf trat der bisherige Banus von Kroatien, Graf Rhuen-Hedervary, in den Vordergrund und bewog die Kossuthpartei durch Zurückziehung der Wehrvorlage, die Obstruktion einzustellen. Daß diese damit einen Erfolg errungen hat, ist nicht in Abrede zu stellen, dagegen trifft das Geschrei der Parteipresse, der neue Ministerpräsident habe vor der Kossuthpartei kapituliert, nicht den Kern der Sache.

Wie sich die Dinge nun einmal entwickelt haben, ist die Lage die, daß die Handelsvertragsverhandlungen in diesem Jahre beendet werden müssen. Dafür bleibt nur noch ein halbes Jahr. Ob bis dahin der ungarische Reichstag die Zolltarif- und Ausgleichsverhandlungen zu Ende bringen wird und will, steht freilich dahin, es ist aber anzunehmen, da Ungarn bei dem Abschluß der Handelsverträge stark beteiligt ist. Diese brennendste Angelegenheit mit der noch unlösbar scheinenden Heeresfrage für dieses Halbjahr weiter zu verwickeln, wäre politisch unklug, da sich für die Heeresfrage Raum finden muß, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Abschluß von Handelsverträgen und des Ausgleichs auf längere Dauer gesichert sind. So notwendig die Umgestaltung der Artillerie auch ist, so macht doch die europäische Lage die unbedingte Erledigung dieser Maßregel nicht nötig; sie kann noch ein Jahr warten, denn für ein immerhin mögliches Einschreiten auf der Balkanhalbinsel wird man mit dem jetzigen Artilleriematerial ganz gut auskommen. Weitere Verwicklungen sind ganz undenkbar. Die Zurückziehung der Wehrvorlage bedeutet darum keineswegs eine Kapitulation vor der Kossuthpartei, sondern sie entspricht der nun einmal unabänderlichen handelspolitischen Lage, und sie läßt auch gar nicht darauf schließen, daß die Heeresverwaltung irgendwie gesonnen ist, den geheimen Wünschen der Ungarn nachzugeben. Das rasche Scheitern des Versuchs des Grafen Andrássy, der als energischer Mann bekannt ist, beweist unwiderleglich, daß die Zeit vorüber ist, in Ungarn noch ein Ministerium nach dem Muster Banffys zu bilden; gerade die Episode Szell

hat die Unterlagen dafür zerstört. Graf Rhuen-Hedervary ist bei der alten liberalen Partei keineswegs beliebt, und er wurde, als seine Ministerkandidatur nach dem Sturz des Kabinetts Weckerle auftauchte, mit Entrüstung abgelehnt. Aber er ist ein gewandter Diplomat, und es kann ihm schon zugetraut werden, daß er in dem Parteienwirrwarr, den die einer Versöhnungspolitik im großen Stile nicht gewachsene Persönlichkeit Szells hinterlassen hat, Fuß zu fassen versteht wird. Er ist im übrigen ein getreuer Anhänger des Kaisers und vielleicht bloß zum Platzhalter ausersehen. Die Demission des österreichischen Ministeriums ist in der Hauptsache als Schachzug zu Gunsten der Krone gegenüber Ungarn aufzufassen. Die formelle Berechtigung dazu war vollkommen gegeben, da das Ministerium Körber in Osterreich der tschechischen Obstruktion dasselbe Rekrutengesetz abgerungen hatte, das nun vor der ungarischen Obstruktion zurückgezogen worden war. Dafür gebührte ihm eine öffentliche Rechtfertigung und Genugtuung. Diese ist durch ein ungemein gnädiges Handschreiben des Monarchen erfolgt, das nach allem Anschein nur so lange verzögert wurde, bis die gewünschte Wirkung in Ungarn eingetreten war. Daß das Ministerium Körber weder wegen der Obstruktion der Tschechen noch der Magyaren zurücktreten werde, ließ sich voraussehen. Graf Rhuen-Hedervary scheint auch in Ungarn sein Ziel zu erreichen. Er oder sein Nachfolger braucht ja den Magyaren bloß die Auflösung des Abgeordnetenhauses und wirklich „reine Wahlen“ in Aussicht zu stellen, um sie gefügig zu machen.



Die mittelalterliche Religionsanschauung und ihre Beziehungen zur Gegenwart

(Schluß)



egen das Ende des Mittelalters zeigt sich immer mehr die Unmöglichkeit, die Oberhoheit, die im Namen des Christentums und der Religion beansprucht wird, aufrecht zu erhalten. Die große Einigung, die in den Plänen der großen Päpste Gestalt annahm, wo die ganze Welt der Kirche untertan sein sollte, ja es in der Tat nahezu war, zeigt sich schließlich als das, was sie war: als eine künstlich gemachte und darum nur scheinbare Einheit. Ist die Blütezeit des Mittelalters charakterisiert durch ein immer stärkeres Gravitieren nach Rom als geistigem Mittelpunkte, so sind die Zeiten des Verfalls charakterisiert durch das Bestreben nach Freimachung des gefesselten Lebens.

Es ist eine alte Erfahrung, daß das, was sein Recht nicht zuerkannt bekommt, sich sein Recht selbst nimmt und dann gewöhnlich mehr nimmt, als sein Recht. So ist der letzte Rückschlag des Mönchslebens und priesterlichen Eölibats eine immer ärger werdende Sittenlosigkeit. Was Wissenschaft und Kunst betrifft, konnte es eine Zeit lang scheinen, als wäre die Herrscherstellung der Religion auf beiden Gebieten vollständig anerkannt. Insbesondere war